



# Polizei verhindert Gewaltexzesse

Tausende Polizistinnen und Polizisten schützen die Verfassung und setzen das Versammlungsrecht durch – linksautonome Randalierer greifen Polizeibeamte an

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** hat das vom Hamburger Oberverwaltungsgericht (OVG) bestätigte Versammlungsverbot des Verwaltungsgerichts Hamburg für den geplanten Aufmarsch von Rechtsextremisten ausdrücklich begrüßt. Das OVG hat mit dieser Entscheidung auch rechtliche Leitlinien für zukünftige Demonstrationen und Aufmärsche extremistisch motivierter Anmelder gezogen. Nachdem die 3. Kammer

des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts diese Auffassung bestätigt hatte, konnte von der Hamburger Polizei das Verbot der Nazidemo rechtsstaatlich und konsequent durchgesetzt werden. Ein direktes Aufeinandertreffen „Rechts/Links“ und damit einhergehende Gewaltausbreitungen wurden durch die Polizei verhindert. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ihrem Auftrag gemäß besonnen und rechtsstaatlich gehan-



> Das DPoIG-Betreuungsteam war bis zum Einsatzende vor Ort.



> Mit der Reiterstaffel waren insgesamt 2.800 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

## Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr  
Fotos: Helgard Kastner,  
Frank Riebow, DPoIG Hamburg  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH

delt. Trotz Personalmangels und einer aufgeheizten Atmosphäre hat die Polizei dem Recht Geltung verschafft. Dafür gebührt den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen großer Dank und Anerkennung aller Hamburgerinnen und Hamburger.



> Die Kolleginnen und Kollegen waren dankbar für Heißgetränke, Obst, Snacks...

Dazu **Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg**: „Ich danke allen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen für ihre engagierte und professionelle Arbeit. Gewalt, Rassismus menschenverachtender Fremdenhass und Extremismus haben auf Hamburgs Straßen und Plätzen nichts zu suchen. Es ist gut und richtig, dagegen aufzustehen, friedlich zu demonstrieren und Farbe zu bekennen. Hamburg ist demokratisch, weltoffen und bunt, so soll es bleiben! Das trotz des Verbots der Nazidemo linke Krawallgruppen randalieren, Polizeibeamte angreifen und Sachbeschädigungen begehen, zeugt einmal mehr davon, dass es diesen Krawallmachern nur um Randalie und nicht um politische Botschaften geht. Jeder Anlass wird für Krawall genutzt, und wenn die Nazis als Gegner nicht zur Verfügung stehen, schlägt sich die Randalie gegen

die Polizeibeamten nieder. Das ist völlig inakzeptabel, und die festgenommenen Krawallmacher müssen die konsequente Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Genauso inakzeptabel ist es, Bürgerinnen und Bürger im Namen der guten Sache und unter dem Deckmantel des zivilen, politisch motivierten Ungehorsams aufzurufen, den öffentlichen Raum zu besetzen. Wer so wie die Bürgerschaftsvizepräsidentin Christiane Schneider (Die Linke) argumentiert, versucht Rechtsverstöße zu beschwichtigen, moralisch zu legitimieren und Menschen zum Rechtsbruch aufzufordern. Ich halte die ideologisch motivierten und rechtsstaatlich inakzeptablen Aussagen von Frau Schneider mit dem Amt der Bürgerschaftsvizepräsidentin für unvereinbar. Wer die Verfassung schützen will, sollte sie erst einmal in Gänze akzeptieren.“ *Der Landesvorstand*



> ... und ein Franzbrötchen „geht“ immer.



# DPolG begrüßt Einrichtung der BAO „Castle“

Aber: Eine effektive, wirksame und dauerhafte Bekämpfung der Haus- und Wohnungseinbrüche ist nur mit mehr Personal möglich!

Hamburger Polizei einen erneuten Anstieg um 8,2 Prozent auf insgesamt 7.490 Wohnungseinbrüche. Die Aufklärungs-

kenntnissen an ihren Polizeikommissariaten fehlen und personell nicht ersetzt werden. Wenn man die Aufklärungsquote wirklich effektiv verbessern will, braucht man mehr Zivilfahnder im gesamten Hamburger Stadtgebiet. Bei der Polizei sind zurzeit circa 47 von 196 Zivilfahnderstellen vakant. Die Sonderkommission ‚Castle‘ ist ein guter Ansatz, kann jedoch keine dauerhafte polizeiliche Lösung sein. Auch wenn es der Senat nicht mehr hören kann, die vielfältigen, ständig wachsenden Aufgaben, die der Polizei von der Politik ‚verordnet‘ werden, sind nur mit mehr Personal und nicht mit Personalverschiebungen er-



> Landesvorsitzender Joachim Lenders im Interview für RTL Nord.

Es ist richtig und notwendig, dass der Haus- und Wohnungseinbruch zum Schwerpunkt des polizeilichen Handelns erklärt wurde und verstärkt durch die BAO „Castle“ bekämpft werden soll. Einbruchdelikte treffen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in ihrer Privatsphäre und werden von der Mehrheit der Einbruchopfer neben dem materiellen Schaden als psychisch sehr belastend empfunden. Im vergangenen Jahr gab es in diesem Deliktsfeld trotz vielfältiger Anstrengungen der



> Gespräch am Rande der Pressekonferenz: Joachim Lenders (Bildmitte) mit Polizeivizepräsident Reinhard Fallak, der Leiterin des Präsidialbüros, Sandra Levgrün, und den Journalisten André Zand-Vakili und Thomas Hirschbiegel (von links).



quote verbesserte sich dabei gering von 7,2 auf 8,3 Prozent und liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von 15,9 Prozent. Deutschlandweit entstand bei Einbruchdelikten eine Schadenssumme von mehr als 422 Millionen Euro.

**Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPolG Hamburg:** „Der Abzug von 16 Zivilfahndern in die BAO ‚Castle‘ bedeutet jedoch, dass 16 erfahrene Zivilfahnder mit exzellenten Orts- und Milieu-

füllbar. Täglich werden bis zu 30 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für Bewachungs- und Objektschutzaufgaben herangezogen, weil sich der Senat weigert, Angestellte für den Polizeidienst einzustellen. Diese Verweigerungshaltung führt dann unter anderem dazu, dass Kriminalität lediglich verwaltet und nicht entschlossen genug bekämpft wird.“

*Der Landesvorstand*



# Cannabis – Gefahr in Tüten?

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion lud interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer Podiumsdiskussion über das Pro und Contra der Legalisierung von Cannabis in den Kaisersaal des Hamburger Rathauses ein. Die gesellschaftliche Offenheit und Akzeptanz gegenüber dem Konsum von Cannabis ist gestiegen.

Im Jahr 2012 hat in Deutschland jeder 13. Jugendliche im Alter von zwölf bis 17 Jahren (7,8 Prozent) mindestens schon einmal im Leben Cannabis probiert. Abhängigkeit von Cannabis oder der missbräuchliche Konsum bestehen bei 0,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Cannabiskonsum ist bei den unter 25-Jährigen mittlerweile der Hauptgrund für eine ambulante und stationäre Behandlung sowie die Inanspruchnahme von Suchthilfeeinrichtungen bei Problemen mit illegalen Drogen.

Der kontroverse und zugespitzte Diskurs um die Freigabe von Cannabis, spiegelte sich auch auf dem Podium wider. Es diskutierten: Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, Rainer Schmidt vom Drogenhilfverein Palette e. V. und der Suchtmediziner



> CDU-Fraktionschef André Treppoll eröffnete die Diskussion.

Prof. Dr. Rainer Thomasius vom Universitätsklinikum Eppendorf (UKE). Moderiert wurde die knapp zweistündige Diskussion von der Bürgerschaftsabgeordneten und gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Birgit Stöver. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer sprach sich erneut gegen eine Entkriminalisierung von Cannabis aus. Er hält eine mögliche Freigabe von Cannabis-Produkten für das falsche Signal und betonte zudem, dass eine Legalisierung von Cannabis nicht zum Verschwinden illegaler Märkte führen werde. Rainer Schmidt hat es sich mit dem Verein Palette e. V. zur Aufgabe gemacht, die ambulante psycho-

soziale Betreuung insbesondere heroinabhängiger und substituierter Menschen zu übernehmen. Nach seiner Auffassung ist der „Krieg gegen die Drogen“ verloren. Der Umgang mit psychoaktiven Substanzen ist mündigen und aufgeklärten Bürgern zuzutrauen. Ein Verbot ist ein unzulässiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und schließlich, so Schmidt weiter, mache die Dosis das Gift, die überwiegende Zahl der Drogenkonsumenten lebt ein normales Leben. Selbst sogenannte abhängige Konsumenten bleiben oftmals sozial integriert.

desto größer die gesundheitliche Eigengefährdung. Bei jungen Menschen sind bei einem regelmäßigen Gebrauch von Cannabis Hirnschäden nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Des Weiteren kann regelmäßiger Konsum Realitätsverlust, Entpersonalisierung und paranoide Angststörungen auslösen. Dass heute illegal verfügbare Cannabis hat einen THC-Wert (Tetrahydrocannabinol, Hauptwirkstoff von Cannabis) von bis zu zwölf Prozent, ist also im Vergleich zum „Hippie-Hasch“ der 1970er-Jahre, um ein Vielfaches gefährlicher. **Landesvorsitzender Joachim Lenders**



> Landesvorsitzender Joachim Lenders, verfolgte mit weiteren Vorstandsmitgliedern der **DPoIG Hamburg** die kontroverse Diskussion.

Das sah der Suchtmediziner Prof. Dr. Rainer Thomasius, Leiter der Jugend-Suchtstation im UKE, völlig anders. Je jünger die Cannabis-Konsumenten seien,

fasste die **Position der DPoIG Hamburg zur Legalisierung von Cannabis und sogenannten Modellprojekten – wie sie unter anderem auch vom Hamburger Senat geplant sind – zur Cannabis-Freigabe zusammen: „Die DPoIG tritt weiterhin für einen konsequenten Kampf der Strafverfolgungsbehörden gegen Drogenhandel und Drogenmissbrauch ein. Überlegungen, bestimmte Drogen zu legalisieren oder den Staat zum Dealer zu machen, lehnen wir ab. Wenn Drogen problemlos verfügbar sind, ist nicht nur mit einer Zunahme des Konsums zu rechnen, sondern auch mit einem starken Anstieg der Zahl der Drogenabhängigen.“** ■



> Auf dem Podium: Rainer Schmidt, Palette e. V., Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, Moderatorin Birgit Stöver (CDU) und Prof. Dr. Rainer Thomasius vom UKE (von links).



# Vorgestellt: Andreas Dubsy, Beisitzer VD

Andreas Dubsy studierte von 2000 bis 2003 an der Berliner Fachhochschule für Verwaltung- und Rechtspflege. Dieses Studium schloss er erfolgreich mit einem Diplom ab und wurde im Dezember 2003 zum Polizeikommissar ernannt. Zu diesem Zeitpunkt war eine Übernahme in den Polizeivollzugsdienst der Berliner Polizei nicht möglich. Gleichzeitig erfolgte das Angebot der Freien und Hansestadt Hamburg, bei der Hamburger Polizei den Dienst aufzunehmen, welches er dankend annahm. Seit Januar 2004 ist seine Verwendungsdienststelle nun die Verkehrsdirektion 3. Sein Aufgabengebiet umfasst die technische Verkehrsüberwachung wie auch die Arbeit beim Verkehrsunfalldienst. Seine mehrjährige Berufserfahrung wurde durch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Landes- und Bundesbehörden und weiteren Institutionen, unter anderem dem Zoll, LBV, BAG und DEKRA vertieft. In seiner Freizeit ist der 34-Jährige ein begeisterter Mountainbiker und sucht beim Fahren in der Natur den Ausgleich zum Be-



> Andreas Dubsy

rufsalntag. Seit seiner Zugehörigkeit zur Hamburger Polizei ist Andreas Dubsy Mitglied der **DPoIG Hamburg**. Durch seine Arbeit bei der Verkehrspolizei und den seit Jahren stei-

genden Belastungen im täglichen Dienst wurde ihm die Notwendigkeit einer starken Interessensvertretung der Polizeibeschäftigten gegenüber der Dienststelle bewusst. Um

eine bessere Verbindung der Dienstpflichten der Polizeibeamten mit der Einhaltung des Fürsorge Rahmens des Dienstherrn zu gewährleisten, engagiert sich Andreas intensiv für die Arbeit der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)**. Er wurde **DPoIG**-Vertrauensperson in der VD 3. In den monatlichen Sitzungen konnte er Neuerungen für die Kolleginnen und Kollegen mitnehmen und gleichzeitig über Probleme und Nöte in der Verkehrsdirektion berichten. Auf dem 24. Landeskongress der **DPoIG Hamburg** im Februar 2014 wurde er in den Landeshauptvorstand als Beisitzer der Verkehrsdirektionen gewählt. Aufgrund regelmäßiger Treffen mit verschiedenen Mitarbeitern der Verkehrsdirektion kann er nun Problemfelder der Verkehrsdirektion in den Landeshauptvorstand transportieren. Seit Mai 2014 ist Andreas auch Ersatzmitglied des Personalsrates der Polizei Hamburg. Er wird sich auch zukünftig für die Belange der VD einsetzen und ist jederzeit für euch per E-Mail erreichbar: andreas.dubsy@polizei.hamburg.de. ■

## DPoIG rüstet DHF mit Einsatzrucksack aus

Bereits seit einigen Jahren hat es sich die **DPoIG Hamburg** zur Aufgabe gemacht, die Züge der DE 3 auf Anfrage mit Einsatzrucksäcken auszustatten. Nachdem auch die DE 37 (Diensthundführer/DHF) die Anfrage nach einem wetterfesten Rucksack stellte, wurde der neue Ausrüstungsgegenstand vor wenigen Wochen übergeben. Auch die DHF werden den

Rucksack bei Einsätzen wie Demonstrationen oder Fußball mitführen und ihre für den Einsatz benötigten Ausrüstungsgegenstände wettergeschützt transportieren. Bereits in vielen Zügen der DE 3 gehören die **DPoIG**-Einsatzrucksäcke zum festen Erscheinungsbild und haben sich unter anderem bei Großereignissen bestens bewährt. ■



> DPoIG-Landesvize Thomas Jungfer übergab den Rucksack an die Diensthundführer Michaela Hildebrandt und Jan-Olaf Nickels.

Frank Riebow



# Thomas Jungfer und Michael Adomat im Gespräch mit Bürgermeister Olaf Scholz



Mitte August folgten der Erststellvertretende Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, und der stellvertretende Fachbereichsvorsitzende Verwaltung, Michael Adomat, einer Einladung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz ins Rathaus. Die Einladung erfolgte im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Hamburg mit weiteren Mitgliedern des dbb Landesvorstandes. Themenfelder waren unter anderem die Bewerbung der Stadt Hamburg für die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2024 und die damit verbundenen Aufgaben für den öffentlichen Dienst sowie die steigende Zahl der Flüchtlinge und die Problema-

tik der Unterbringung sowie der sachgerechten Antragsbearbeitung. Landesvize Thomas Jungfer und Michael Adomat nutzten die Gelegenheit, den Ersten Bürgermeister auch über die prekäre Situation hinsichtlich der fehlenden Stellen bei den Angestellten im Polizeidienst (AIP) zu informieren. Sie machten deutlich, dass bereits jetzt 56 Stellen nicht nachbesetzt worden seien und täglich bis zu 30 Polizeibeamtinnen und -beamte der Direktion Einsatz und der Direktion Polizeikommissariate und Verkehr zu Objektschutzleistungen herangezogen werden müssen. Fehlende Präsenz auf der Straße und zahlreiche Überstunden der Kolleginnen und Kollegen sind die Folge

dieser konsequenten Einstellungsverweigerung des Senats. Bürgermeister Olaf Scholz stellte dazu nüchtern fest, dass Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern mit die höchste Polizeidichte habe, keine Polizeivollzugsstellen gestrichen werden und die Ausbildungskapazität sogar erhöht worden sei. Auf den Hinweis von Thomas Jungfer, dass die interne Aus- und Fortbildung darunter leiden würde, da diese nur noch, aufgrund der Objektschutzstellung, bedingt durchgeführt werden könne, entgegnete der Bürgermeister, dass seiner Ansicht nach die Aus- und Fortbildung bei der Polizei zur Genüge

stattfinde, sodass er überhaupt nicht erkennen könne, warum in der Polizei immer nur „genörgelt“ wird. **Die DPoIG Hamburg vertritt hier eine gänzlich andere Position als Bürgermeister Olaf Scholz. Eine auf Kante genähte Personaldecke und über eine Million Überstunden bei der Polizei sprechen für sich. Wenn Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte dauerhaft zu Bewachungs- und Objektschutzaufgaben herangezogen werden müssen, weil der Senat die Einstellung von AIP verweigert, dann läuft etwas grundsätzlich falsch.**

*Der Landesvorstand*



Thomas Jungfer, Michael Adomat, dbb Landeschef Rudi Klüver und weitere Vorstandsmitglieder des dbb Hamburg mit Staatsrat Christoph Krupp und Bürgermeister Olaf Scholz.

## Hände weg von der Zusatzversorgung!

In Erwartung der Anreise der Senatorinnen und Senatoren zur turnusgemäßen Sitzung hielten Mitglieder der **DPoIG Hamburg** direkt an der Rathauszufahrt mit weiteren Gewerkschaftsmitgliedern des dbb eine Mahnwache ab. Am 25. August beschloss der Hamburger Senat die völlig unnötige Erhöhung der Eigenbeteiligung der Betriebsrente (RGG) für die Tarifbeschäftigten. Die **DPoIG Hamburg** und der dbb nutzten gemeinsam



die Gelegenheit, um mit den Senatsmitgliedern ins Gespräch zu kommen, um so in letzter Sekunde zu versuchen, das Eingreifen in die Eigenbe-

teiligung zu verhindern. Viele Senatoren hatten sich bei der Ankunft am Rathaus dazu bewegen lassen, sich zumindest die Argumente des stellvertretenden Vorsitzenden des Fachbereiches Verwaltung, Michael Adomat, gegen die geplante Erhöhung des

Eigenanteils zur Zusatzversorgung anzuhören. Auch kleine Diskussionsrunden mit den protestierenden Gewerkschaftern waren möglich. Dennoch blieb der Senat hart und beschloss die einseitige Erhöhung des Eigenanteils um insgesamt 0,4 Prozent zur Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten. Den Griff in das Portemonnaie und die Verbitterung vieler Kolleginnen und Kollegen hat allein der Senat zu verantworten! ■



## Ganzheitliches Flottenmanagement?

Was bedeutet das vom Senat angestrebte, ganzheitliche Flottenmanagement der Hamburger Behörden und Ämter für die Wasserschutzpolizei konkret? Der Fachbereich Wasserschutzpolizei der **DPoIG Hamburg** wollte es genau wissen und fragte den Leiter der Hamburger Wasserschutzpolizei, LKD Frank-Martin Heise. Er war gerne bereit, die Fragen des POLIZEISPIEGEL zu beantworten.

**?** Mit welchem Ziel wird das sogenannte Flottenmanagement unter Federführung der Hamburg Port Authority (HPA) eingerichtet? Warum brauchen die Hamburger Behörden ein ganzheitliches Flottenmanagement?

Die Finanzierung und Beschaffung von Dienstbooten für Hamburger Behörden war schon immer nicht einfach. Aktuell benötigt die Feuerwehr ein neues Löschboot. Auch die WSP bemüht sich gemeinsam mit der Verwaltung seit einigen Jahren, eine Ersatzbeschaffung von Dienstbooten in den Fokus zu bringen. Hauptsächlich geht es dabei um die Küstenstreifenboote WS 1 „Bürgermeister Brauer“, WS 2 „Bürgermeister Weichmann“ und die schweren Hafestreifenboote WS 20 „Amerikahöft“ sowie WS 22 „Afrikahöft“. Ausgehend von der Diskussion um die Beschaffung eines neuen großen Löschbootes suchten verschiedene beteiligte Behörden und Ämter nach Lösungen, die trotz der bekannten Begrenzungen im Hamburger Haushalt eine zukunftssichere Beschaffung und auch den verlässlichen Betrieb von Behördenfahrzeugen weiterhin ermöglichen. Mit Blick auf die Seeverkehrswirtschaft

wurde der Gedanke entwickelt, ein ganzheitliches Flottenmanagement für alle Behördenfahrzeuge der FHH einzurichten.

**?** Warum liegt die Federführung bei der HPA?

Die Hamburg Port Authority (HPA) ist nicht nur der Betreiber der größten Flotte in Hamburg, sondern auch der Eigentümer der sogenannten Staatswerft im Harburger Binnenhafen. Hier werden traditionell die Behördenfahrzeuge repariert und gewartet. Darüber hinaus ist die HPA mit ihrem Planungsbüro bei der Ausschreibung von neuen Fahrzeugen, auch für die Polizei, schon seit langer Zeit federführend. Es lag daher nahe, die HPA um ein Angebot hinsichtlich der Installation eines Flottenmanagements zu bitten.

**?** Wie weit sind die konkreten Planungen? Wann soll das ganzheitliche Flottenmanagement starten? Werden andere Behörden WSP-Boote nutzen?

Ein unter Federführung der HPA eingerichtetes Steuerungsteam hat mit Unterstützung einer Unternehmensberatung einen Vorschlag für ein Flottenmanagement entwickelt. Mein Vertreter, PD Olaf Frankowski, hat intensiv im Steuerungsteam mitgewirkt.

Kern dieser Überlegungen ist ein Flottenkonzept, in welchem Planungen für eine Ersatzbeschaffung aber auch Außerdienststellung von Dienstbooten der beteiligten Institutionen WSP, Feuerwehr, HPA und LSBG (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) bis 2040 im Detail darge-



Frank Riebow

> Müssen mittelfristig ersetzt werden, die „WS 2“ und die „WS 20“.

stellt werden. Ein Geschäftsmodell formuliert vertragliche Aspekte sowohl auf operativer als auch kaufmännischer Ebene. Letztlich soll durch konkrete Charterverträge inhaltlich definiert werden, welche Leistungen durch HPA zu erbringen sind und welche Kosten für die Nutzer der Boote entstehen (Charterraten). Diese Überlegungen wurden den Staatsräten der Senatskanzlei, der Finanz-, Wirtschafts- und Innenbehörde am 24. August dieses Jahres vorgestellt und bestätigt. In einem ersten Schritt soll demnach der Neubau des großen Feuerlöschbootes aus einer ersten Planungsphase in die Ausschreibung übergehen. Weiterhin sollen nunmehr auch Fragen der hinreichenden Ausgestaltung des Haushaltes der Polizei geklärt werden, denn die mit Einführung des Flottenmanagements für die WSP-Boote erforderlichen Charterkosten müssen strukturell dem Haushalt Polizei zugewiesen werden. Die Planungen gehen derzeit vom Jahr 2017 aus.

**?** Wie wird sich das Flottenmanagement auf die Wasserschutzpolizei auswirken? Bleibt das Mitspracherecht der WSP bei der Beschaffung neuer Dienstboote erhalten? Werden Gelder für den Erhalt (Pflege/Wartung) und den notwendigen Ersatz unserer Dienstboote gestrichen?

Der WSP wird es mithilfe des Flottenmanagements möglich sein, ihre Aufgaben im Küstenmeer, auf der Unterelbe, im Hamburger Hafen und auf der

Alster uneingeschränkt auszuüben. So wie die Feuerwehr derzeit aktiv an der Planung des neuen Löschbootes mitwirkt, wird künftig auch die WSP bei der Planung von Ersatzbeschaffungen eingebunden werden. Der fachliche Bedarf wird dabei neben Fragen eines sicheren Arbeitsplatzes eine ganz wesentliche Rolle spielen. Für den täglichen Dienst und in besonderen Einsatzlagen der WSP wird das neue System voraussichtlich eher wenig wahrnehmbare Veränderungen mit sich bringen. Eine ausreichende Anzahl von Booten wird weiterhin den Dienststellen ständig und dauerhaft zur Verfügung stehen. Positiv wird sich auswirken, dass wir in besonderen Einsatzlagen auf den dann eingerichteten Pool aus Fahrzeugen anderer Behörden zurückgreifen können, um den immer größer werdenden Anforderungen an die wasserseitige Sicherung von Veranstaltungen gerecht zu werden. Weiterhin wurde uns eine deutlich geringere Ausfallzeit der Boote nach Einführung des Flottenmanagements angekündigt.

**?** Wie werden die Mitarbeiter der Dienststelle VT 24 zukünftig eingesetzt?

Inwiefern und wann es Veränderungen der Dienststelle VT 24 geben wird, ist noch völlig offen. Entsprechende Vorschläge werden wir zeitgerecht in Zusammenarbeit mit VTL sowie den betroffenen Mitarbeitern erarbeiten und zu einem Ergebnis führen, mit dem alle Beteiligten leben können. ■



Ernst Deutsch Theater

H A M B U R G

## Sozial- und Bildungswerk der *DPoIG Hamburg* im dbb

Holzdammm 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610



nach den Brüdern Grimm



# Weihnachtsmärchen 2015

## *Rumpelstilzchen*

im Ernst Deutsch Theater  
Sonntag, 13. Dezember 2015, 13.30 Uhr

**Preise: 5 Euro bis 9 Euro pro Person**

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

**Die Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Fahrkarte im HVV-Bereich!**

Kartenreservierung und Kartenverkauf  
in der Geschäftsstelle der *DPoIG Hamburg*, Telefon: 040.2540260

# Rumpelstilzchen

13. November bis  
23. Dezember 2015



## Bürgerschaft hat die Übernahme des Tarifabschlusses für die Hamburger Beamtinnen und Beamten beschlossen!

Die Hamburgische Bürgerschaft hat die Übernahme des Tarifabschlusses für die Hamburger Beamtinnen und Beamten beschlossen. Somit ist der Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 28. März dieses Jahres auf die Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg übertragen worden.

### Im Einzelnen:

- > Die Bezüge werden rückwirkend zum **1. März 2015** um **1,9 Prozent** steigen.
- > Zum **1. März 2016** werden die Bezüge erneut um **2,1 Prozent** steigen.
- > Ebenfalls übernommen wird die tarifliche Mindestanpassung um **75 Euro**, die aber um die gesetzlich vorgesehene Versorgungsrücklage vermindert wird.
- > Die Bezüge für Anwärterinnen und Anwärter werden zum **1. März 2015** und zum **1. März 2016** um jeweils **30 Euro** steigen.

Die **Besoldungserhöhung (einschließlich der Nachzahlung ab dem Monat März)** soll mit den Dienstbezügen zum **1. November 2015** wirksam werden!

Der Landesvorstand



MEV

**POLIZEI Show 2015**

**In der Sporthalle Hamburg**

Freitag: 30. Oktober 20.00 Uhr  
Samstag: 31. Oktober 14.30 & 20.00 Uhr

Veranstalter: Polizeiverein Hamburg e.V. & Polizei Hamburg

Kartenvorverkauf unter 040 42 86-5 99 45  
und an allen bekannten Vorverkaufsstellen in und um Hamburg  
Eintrittspreis: nachmittags € 22,- / abends € 24,- und € 25,-

Infos: [www.eventim.de](http://www.eventim.de) oder [www.polizeishow-hamburg.de](http://www.polizeishow-hamburg.de)

### > Ruhestand

**Folgende Kolleginnen und Kollegen sind zum 30. September 2015 in den Ruhestand gegangen:**

#### Direktion Polizeikommissariate und Verkehr

PHK Burkhardt, Ulrich	PK 23
PHK Gieske, Bernd	PK 44
PHK Lachmann, Jürgen	VD 31

#### IT

PHK Vollstedt, Jürgen	IT 35
-----------------------	-------

#### Landeskriminalamt

EKKH Grader, Hans-Detlev	LKA 64
POKin Jentzsch, Sabine	LKA 11
KHK Kühl, Michael	LKA 17
KHK Lemke, Viktor	LKA 15
KOKin Nippert, Barbara	LKA 18
KHK tho Horst, Klaus	LKA 15

#### Wasserschutzpolizei

PHK Dittmann, Ulf	WSP 501
-------------------	---------

### > Verstorben

3.6.2015	Zeih, Rudolf	Ang. i. R.	86
6.6.2015	Sternke, Peter	PHM i. R.	56
27.6.2015	Völkner, Harald	PHM i. R.	88
22.7.2015	Weidtke, Klaus-Peter	KHK i. R.	73
23.7.2015	Reuter, Joachim	POK i. R.	82
26.7.2015	Rehmke, Petra	Ang. i. R.	51
29.7.2015	Kretschmer, Gerda	Ang. i. R.	91
5.8.2015	Hollm, Ursula	Ang. i. R.	88
8.8.2015	Perten, Ursula	Ang. i. R.	89
8.8.2015	Struve, Jens	POK i. R.	73
11.8.2015	Kröger, Kirsten	RAMfr	50
11.8.2015	Kiesewalter, Werner	PHK i. R.	92
13.8.2015	Hinsch, Paul	PHM i. R.	83
13.8.2015	Meyer, Jürgen	EKKH i. R.	83
17.8.2015	Pehmöller, Udo	PHM i. R.	77
17.8.2015	Weiß, Horst	PHM i. R.	76
18.8.2015	Krause, Rudolf	PHM i. R.	100
19.8.2015	Riedl, Georg	PHM i. R.	75
20.8.2015	Polke, Wolfgang	KHK i. R.	82
23.8.2015	Mikkelsen, Torsten	Ang. i. R.	48
31.8.2015	Bierwerth, Hans	POK. i. R.	88
5.9.2015	Meffert, Armin	PHM i. R.	88